

Eine Rote Karte für die Rentenkürzung

Per Gesetz will die Große Koalition Minusrunden für Ruheständler verbieten. Mannheimer Experte Börsch-Supan warnt.

Für die 20 Millionen Rentner in Deutschland ist es eine schwierige Frage: Sollen sie lachen oder weinen? Sie müssen in diesem Jahr die dritte Nullrunde in Folge hinnehmen - das ist eine schlechte Nachricht, die Sozialminister Franz Müntefering gestern für sie bereit hielt. Eine noch schlechtere blieb ihnen jedoch erspart: Die Ruheständler müssen bei der alljährlichen Rentenanpassung im Sommer auch nicht mit weniger Geld rechnen. So jedenfalls will es das vom Kabinett verabschiedete Gesetz gegen Rentenkürzungen, das jetzt noch den Bundestag passieren muss.

Ohne diese Änderung drohen den Rentnern am 1. Juli erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik niedrigere Bezüge. Das Ruhestandsgeld ist an die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttolohns eines Arbeitnehmers gekoppelt - steigt er, können auch die Renten ein Jahr später angehoben werden. Fällt er dagegen müssen die Renten eigentlich sinken. Berechnungen des Sozialministeriums zufolge könnte das in diesem Jahr der Fall sein, weil das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr schwach war und weil Ein-Euro-Jobs den Durchschnittslohn drücken. Genaue Zahlen legen die Experten zwar erst im März vor. Doch um allen Eventualitäten vorzubeugen, verabschiedete das Kabinett das Gesetz gegen Rentenkürzungen bereits jetzt. "Ende März wäre es zu spät, eine Rentenkürzung noch aufzuhalten", sagt ein Sprecher des Sozialministeriums.

Kritiker sehen in dem Gesetz ein politisches Zugeständnis an die Rentner, um die große Gruppe der Älteren nicht als Wähler zu verlieren. "Die Rentenkürzungen wären sehr gering gewesen, es hätte sich um kleine Eurobeträge gehandelt", sagt der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan. "Insofern ist es eher Symbolpolitik, die die Bundesregierung macht." Die Koalition verteidigt das Gesetz dagegen als Teil eines Gesamtpakets, mit dem die Sozillasten gerecht auf die Schultern der Generationen verteilt werden sollen. Im nächsten Jahr will sie die Rentenbeiträge von 19,5 auf 19,9 Prozent anheben. Auch die jährliche automatische Erhöhung der Bundeszuschüsse an die Rentenkasse will Schwarz-Rot stoppen.

(...)

Seit Jahren leidet die Rentenkasse jedoch unter Finanznot: Wegen der ungünstigen demografischen Entwicklung steigt die Zahl der Rentner, während es gleichzeitig immer weniger Jüngere gibt, die Sozialbeiträge einzahlen. Die schlechte Wirtschaftslage verschärft die Situation. Im vergangenen Jahr klaffte in der Rentenkasse eine Lücke von rund 4,5 Milliarden Euro. Ende des Jahres mussten die Rentenversicherer sogar erstmals einen Kredit von 900 Millionen Euro beim Bund aufnehmen, um die Renten rechtzeitig auszahlen zu können. Das gestern verabschiedete Gesetz könnte ein neues Loch in die Rentenkasse reißen. Die Bundesregierung rechnet mit einer Mehrbelastung von zwei Milliarden Euro.

Der Mannheimer Professor Börsch-Supan kritisiert die geplante Maßnahme deswegen. Sie sei ungerecht, weil dafür die, jüngeren Generationen bezahlen müssten. Man kann einen großen Bevölkerungskreis wie die Rentner nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung loslösen", sagt er. Das Gesetz werde die Sozialbeiträge erhöhen und gehe somit zu Lasten der Arbeitnehmer. "Was man den Rentnern mehr gibt, muss man den Erwerbstätigen wegnehmen." Nicht nur die Ruheständler hätten in den vergangenen Jahren Einbußen hinnehmen müssen: "Auch die meisten Erwerbstätigen haben schon lange keine realen Gehaltserhöhungen mehr gehabt."

Zugleich warnt der Ökonom vor den Folgen. Die Koalition will die wahrscheinlich ausbleibende Rentenkürzung ab 2010 nachholen. Das Kalkül: Geht es der Wirtschaft dann besser und kommt es zu Rentenerhöhungen, fallen sie geringer aus. Die Rentner müssen alles auf einen Schlag nachholen", sagt Börsch-Supan. Er will den Sozialstaat auf den Prüfstand stellen. „Wir können nicht immer die gleichen Leistungen erwarten, egal wie gut oder schlecht es dem Sozialstaat geht. Das kann nicht funktionieren. "

Der vollständige Artikel von Jan Kuhlmann erschien am 15. April 2006 im Mannheimer Morgen.